

## WPS – pax christi – Basisgruppe Bonn

### KRIEG

**1. Werden Sie im Falle Ihrer Wahl gegen neue Militäreinsätze der Bundeswehr stimmen und sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr aus allen Kampfeinsätzen zurückgeholt wird? BITTE MIT BEGRÜNDUNG!**

Nein. Auch wenn der Einsatz militärischer Gewalt für uns immer Ultima Ratio und letztes Mittel bleiben muss, erkennen wir die Tatsache an, dass dies manchmal unvermeidlich ist. Darüber hinaus sind unsere Soldatinnen und Soldaten in den Friedensmissionen ein wichtiger Baustein, um die Rahmenbedingungen und Zeitfenster zu schaffen, damit die zivilen Instrumente wirken können. Dabei sind wir fest davon überzeugt, dass nur der vernetzte Ansatz Erfolg haben kann, da Militär allein keine Lösung herbeiführt. Die demokratische Kontrolle des Einsatzes unserer Streitkräfte ist jederzeit durch das Parlamentsbeteiligungsgesetz und die Kontrollrechte des Parlamentes sichergestellt. In diesem Sinne wird die FDP sich auch weiterhin verantwortungsvoll im Falle von Auslandseinsätzen positionieren.

**2. Werden Sie darauf dringen, dass die Bundesregierung, die Europäische Union und die Vereinten Nationen Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung ergreifen, um Krisen und Konflikte friedlich beizulegen bzw. sie gar nicht erst eskalieren zu lassen? BITTE MIT BEGRÜNDUNG!**

Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir auch in Zukunft alle Anstrengungen unternehmen, um Krisen und Konflikte friedlich beizulegen. Aus liberaler Sicht setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland den sogenannten vernetzten Ansatz in der Sicherheitspolitik fortsetzt. Dabei werden neben militärischen vor allem eine breite Palette ziviler Instrumente genutzt. Hierzu zählen neben der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten die Diplomatie zur Beilegung politischer Konfliktursachen, die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit, der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen im Justizbereich, die Reform von Sicherheitssektoren durch Polizeiausbildung sowie handelspolitische Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Perspektiven eines Landes nachhaltig zu stärken. Als Liberale setzen wir uns dafür ein, dass die Vernetzung der unterschiedlichen Instrumente der Bundesregierung weiter fortentwickelt wird, damit die Instrumente sich durch das Zusammenwirken gegenseitig positiv verstärken und ergänzen.

### UNBEWAFFNETE ZIVILE FRIEDENSSICHERUNG

**3. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, um die Weiterentwicklung, die finanzielle Förderung und die Bereitstellung von Ausbildungskapazitäten für Personal solcher ziviler Beobachtermissionen voran zu treiben?**

Auf der Welt gibt es viele Krisenherde. Waffen sind dort leider oft die erste Lösung. Die Alternative dazu sind zivile Friedenseinsätze. Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) bildet im Auftrag von Bundestag und Bundesregierung dafür zivile Krisenexperten aus und ist damit für uns als FDP eine sehr wichtige Institution im Bereich der zivilen Friedenssicherung. Daher haben wir das ZIF in den letzten Jahren tatkräftig unterstützt und dafür Sorge getragen, dass die Institution für seine wertvolle Tätigkeit genügend Ressourcen bereitgestellt bekommt. Diesen Weg wollen wir auch nach der Wahl weiter beschreiten.

#### **4. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, damit bestehende militärische Missionen in zivile umgewandelt werden können?**

Es muss unser Ziel sein, den militärischen Anteil bei Friedensmissionen so schnell wie möglich zurückzuführen. Allerdings darf diese Rückführung kein Selbstzweck sein, sondern nur dann erfolgen, wenn die vorher definierten Ziele erreicht wurden und die Sicherheitslage vor Ort eine entsprechende Umwandlung erlaubt. Dort, wo der Einsatz militärischer Mittel weiterhin unverzichtbar ist, müssen sich zivile und militärische Mittel im Rahmen des umfassenden Ansatzes komplementär ergänzen. Fest steht, dass Militär alleine nicht in der Lage ist, für stabilen Frieden zu sorgen, da Krisen sowohl eine sicherheitspolitische als auch eine gesellschaftlich wie wirtschaftliche Dimension aufweisen, deren Bewältigung den abgestimmten Einsatz diplomatischer, polizeilicher, militärischer, humanitärer und entwicklungspolitischer Instrumente im Sinne eines umfassenden Ansatzes voraussetzt. Fest steht aber auch, dass Militär dabei ein wichtiges Instrument im Werkzeugkasten der außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen darstellt. Komplexe Krisen müssen umfassend, d.h. über den gesamten Konfliktzyklus hinweg, bearbeitet werden. Dabei müssen je nach Krise die Aufgaben und Verantwortungsbereiche der einzelnen Akteure entlang der verschiedenen Konfliktphasen – Prävention, Mediation/Intervention, Konfliktbewältigung, Friedenskonsolidierung – definiert werden. Die Arbeitsteilung zwischen zivilen und militärischen Akteuren muss dabei je nach Herausforderung, praxisorientiert, situationsabhängig und individuell koordiniert und ohne ideologische Vorbehalte gestaltet werden.

### **ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG**

#### **5. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, Strukturen der Zivilen Konfliktbearbeitung in der Arbeit von Parlament und Ministerien zu stärken und finanziell so auszustatten, dass genügend Kapazitäten für zivile Konfliktbearbeitung geschaffen werden können? BITTE MIT BEGRÜNDUNG!**

Gerade die FDP tritt seit vielen Jahren für das Primat der Politik und für eine Kultur der militärischen Zurückhaltung ein.

Die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Ministerien wurde durch die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode umfassend verbessert und dabei vor allem der zivile Anteil bei der Krisen- und Konfliktbewältigung in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt.

Der Wechsel in der Afghanistanstrategie, die Einbindung aller Aktivitäten in ein politisches Gesamtkonzept sowie die Reduzierung der militärischen bei gleichzeitiger Weiterführung und Verstärkung der zivilen Ansätze unterlegen diese praxisorientierte Politik. Die Beschlüsse der Bonn-Konferenz zu Afghanistan in 2011 und der Tokio-Konferenz in 2012, die beide den Rahmen für die internationale Zusammenarbeit mit Afghanistan nach Beendigung des ISAF-Einsatzes 2014 bildeten, machten mehr als deutlich, dass künftig den zivilen Mitteln und Instrumenten zur Konfliktbewältigung der absolute Vorrang eingeräumt werden soll.

Auch in der Frage nach dem deutschen Beitrag zur Bewältigung der Mali-Krise war es v. a. Außenminister Westerwelle, der klar machte, dass wir uns zwar im Rahmen

der UN-Resolution 2085 durch Transport und Ausbildung militärisch beteiligen werden, aber den Schwerpunkt der Anstrengungen auf den politischen Prozess, den Wiederaufbau und die Entwicklungszusammenarbeit legen.

Der Zivile Friedensdienst ist ein wichtiges Element der Zusammenarbeit von Bundesregierung und Zivilgesellschaft. Durch die Entsendung qualifizierter „Friedensfachkräfte“ kann wertvolle Graswurzelarbeit in Spannungsgebieten verrichtet werden. Durch die besondere Kooperationsform staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen kann der ZFD darüber hinaus Wege der Zusammenarbeit eröffnen, die staatlichen Strukturen allein verschlossen blieben.

Die Tatsache, dass das Antragsvolumen der Träger regelmäßig über dem Budget des Zivilen Friedensdienstes liegt, begründet jedoch noch keine Erhöhung des Etats. Es gilt in diesem Fall die wirksamsten Projekte auszuwählen, um eine effektive Förderung zu gewährleisten. Tatsächlich erfolgte bereits 2009 eine massive Erhöhung des Haushaltstitels des ZFD um 50 %, zurzeit liegt dieser bei jährlich 29 Mio. €. Darüber hinaus kann der Zivile Friedensdienst nur eines von vielen Werkzeugen bei der Konfliktbewältigung sein.

## **RÜSTUNGSEXPORT**

**6. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten wird, und dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird? BITTE MIT BEGRÜNDUNG!**

Nein. Ein „generelles Verbot von Rüstungsexporten“ mag ethisch und moralisch erstrebenswert sein. Der politischen Realität weltweiten Waffenhandels hielte es nicht stand. Wenn ab morgen kein einziges deutsches Rüstungsgut mehr exportiert würde, würden ab übermorgen andere liefern – und sich dabei, anders als Deutschland – keinen Deut um internationales Recht und Gesetz kümmern.

Deutschland ist ein verlässlicher Partner im Rahmen der NATO und der Europäischen Union, der eng und vertrauensvoll mit den anderen Mitgliedstaaten zusammenarbeitet. Dies gilt auch für den Bereich der Rüstungskooperation einschließlich Rüstungsexporten. Ferner sind einige gefestigte Demokratien, mit denen Deutschland eng verbunden ist, den NATO- und EU-Staaten gleichgestellt. Dazu zählen Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz. In Bezug auf Exporte in darüber hinausgehende Drittstaaten verfolgt Deutschland eine restriktive Exportpolitik. Genehmigungen werden nur erteilt, wenn im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen. Vor diesem Hintergrund würde ein generelles Verbot von Rüstungsexporten die Handlungsfähigkeit Deutschlands als verlässlichem Partner beschädigen.

Auch unter liberaler Beteiligung hält sich die Bundesregierung strikt an die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern.“ Diese legen unter anderem in Bezug auf Drittländer folgendes fest „Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder,

- die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht,
- in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden.“

Ferner spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerstaat eine wichtige Rolle bei der Abwägung von möglichen Exportentscheidungen. Zu Einzelstaaten kann hier nicht eingegangen werden, da der Bundessicherheitsrat über Rüstungsexport in vertraulicher Sitzung entscheidet. Unter liberale Beteiligung gilt, dass sich die Bundesregierung an die restriktive Rüstungsexportpolitik gemäß der Politischen Grundsätze hält.

Wir wollen im Deutschen Bundestag ein vertraulich tagendes Gremium einrichten, in dem die Bundesregierung über laufende Entscheidungsverfahren von besonderer Bedeutung das Parlament unterrichtet. Vorbild wäre das Parlamentarische Kontrollgremium zur Kontrolle der Geheimdienste. Auch wenn die Entscheidungskompetenz über Rüstungsexporte gemäß der verfassungsrechtlichen Trennung zwischen Exekutive und Legislative weiterhin bei der Bundesregierung verbleiben muss, kann der Deutsche Bundestag im Rahmen eines derartigen neu zu schaffenden Gremiums seine Einschätzungen über anstehende Exportentscheidungen der Bundesregierung beratend zu Kenntnis bringen.

Wir wollen, dass die Berichte der Bundesregierung über abgeschlossene Exportentscheidungen zeitnäher dem Parlament und der Öffentlichkeit zugeleitet werden. Die bisherige jährliche Berichtspraxis soll von einer halb- oder vierteljährlichen Berichtspraxis abgelöst werden.

Laut den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ dürfen beschäftigungspolitische Gründe keine ausschlaggebende Rolle für Exportentscheidungen spielen. Von der grundsätzlichen Exportentscheidung ist die nachgelagerte Entscheidung über die Vergabe von Hermesbürgschaften strikt zu trennen. Bei positiv beschiedenen Exportentscheidungen ist danach im Einzelfall auf Antrag zu entscheiden, ob im Interesse der deutschen Wirtschaft die Vergabe einer Hermes-Bürgschaft sinnvoll ist. Die eigentliche Exportentscheidung ist also losgelöst von einer Entscheidung über eine etwaige Hermesbürgschaft zu betrachten.

## **ATOMWAFFENSTATIONIERUNG IN DEUTSCHLAND**

### **7. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, damit alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden?**

Der Abzug der taktischen Atomwaffen aus Deutschland ist und bleibt eine Forderung der FDP. Allerdings verbunden mit der Maßgabe, dass wir dies nur gemeinsam mit unseren Partnern in der NATO beschließen und umsetzen können. Die NATO ist nach wie vor unser wichtigster sicherheitspolitischer Anker. Wir können es uns politisch nicht leisten, einseitige oder nicht abgestimmte Entscheidungen, die dann auch das gesamte Bündnis betreffen, isoliert zu fällen. Bundesaußenminister Westerwelle ist es dennoch gelungen, das Thema Abrüstung wieder auf die politische Tagesordnung der NATO zu setzen. Im neuen strategischen Konzept der

NATO wurde das Ziel der nuklearen Abrüstung gerade auf deutsches Drängen hin prominent aufgenommen und diesem wichtigen Thema wurde dabei ein eigener Abschnitt gewidmet. Allerdings werden ohne die Bereitschaft der USA und Russlands signifikante Abrüstungsschritte nur schwer zu erreichen sein. Nach der Wiederwahl von Präsident Obama könnten sich aber neue Chancen zur weiteren Reduzierung der strategischen und taktischen Nuklearwaffen im Dialog mit Russland ergeben, die ggf. einen schrittweisen Abzug dieser Waffen aus Europa ermöglichen. Das formulierte Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt wird von der FDP außenpolitisch nachhaltig unterstützt.

**8. Werden Sie z. B. bei den deutschen Verbündeten darauf drängen, dass diese völkerrechtswidrigen Waffen endlich verschrottet werden? BITTE MIT BEGRÜNDUNG!**

s. Antwort zu Frage 7.

**9. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik aus der nuklearen Teilhabe der NATO aussteigt? BITTE MIT BEGRÜNDUNG!**

s. Antwort zu Frage 7.

## **DROHNEN**

**10. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, damit die Entwicklung und Anschaffung bewaffneter Drohnen sofort gestoppt und diese Waffengattung (wie schon zuvor Landminen und Streumunition) geächtet wird?**

Grundsätzliche Ächtung aller bewaffneten Drohnen lehnen wir ab. Der Einsatz von bewaffneten Drohnen kann auch dem Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz dienen. Dafür ist es zwingend notwendig, dass der Einsatz dieser Waffensysteme strikt nach den Regeln des humanitären Völkerrechtes und den jeweils geltenden Einsatzregeln erfolgt. Auch muss der Mensch immer der letzte Entscheider über den Einsatz von Waffen sein. Eine Automatisierung des Waffeneinsatzes lehnen wir daher ebenso strikt ab, wie das sogenannte „targeted killing“. Bevor über die Beschaffung von bewaffneten Systemen entschieden wird, muss die Bundesregierung eine sicherheitspolitische Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung vorlegen. Diese muss auch beinhalten, wofür diese Systeme genutzt werden sollen und wofür nicht.

Die Automatisierung des Waffeneinsatzes lehnen wir strikt ab. Es muss immer der Mensch sein, der die letzte Entscheidung über den Einsatz von Waffen trifft.

Aus Sicht der FDP gilt es schnellstmöglich verbindliche internationale Regeln aufzustellen, wo durch neue Technologien sich völkerrechtliche Regelungslücken ergeben. Der im Oktober 2013 erwartete Bericht des VN Special Rapporteur Ben Emmerson wird dazu wertvolle Hinweise geben.

## **BUNDESWEHR UND SCHULE**

### **11. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass Bundeswehroffiziere keinen Unterricht mehr an Schulen geben dürfen? BITTE MIT BEGRÜNDUNG!**

Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, auch wenn viele Bürger dies so sehen. Wir sind in dieser Welt immer noch darauf angewiesen, dass uns im Fall der Fälle Soldaten schützen bzw. effektive Streitkräfte zur Verfügung stehen. Ohne ein entsprechendes Engagement im internationalen Umfeld lassen sich weder Deutschlands Sicherheit, unsere natürlichen Lebensgrundlagen, unsere Freiheit noch unser Wohlstand schützen. Der Staat ist also im klassischen Sinn für den Schutz seiner Bürger verantwortlich. Deutschland und seine Bürger sind daher auf funktionierende und effektive sicherheitspolitische Instrumente angewiesen. Die Bundeswehr ist eines davon, hat allerdings neben ihrem Verfassungsrang einen sehr speziellen und mit den anderen Instrumenten nicht unbedingt vergleichbaren Auftrag. Ohne die Möglichkeit, junge Bürger über Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Bundeswehr entsprechend zu informieren und ohne Zugang zu den jungen Bürgern, ist es der Bundeswehr aber nicht möglich, diesen Auftrag, welcher im Interesse aller Bürger liegt, adäquat wahrzunehmen.

Deswegen sollte es in unser aller Interesse sein, dass wir auf der Basis fairer und ausgewogener Information unsere jungen Bürger umfassend unterrichten, so dass sie eine solide Beurteilungsgrundlage für ihre Meinungsbildung haben. Die Schule soll auf das Leben als verantwortliches Mitglied unserer Gesellschaft vorbereiten. Blende ich einen für unseren Staat existenziellen Teil einfach aus, komme ich diesem Anspruch nicht nach und vermittele ein einseitiges Bild. Den Schulen steht es aber frei, wie auch bereits geschehen, zusammen mit den Jugendoffizieren Vertreter anderer Denkrichtungen der Sicherheitspolitik/Friedenspolitik einzuladen, um dann den Schülern die gesamte Breite zu bieten. Da die Bundeswehr aber Verfassungsrang hat und einen sehr qualifizierten staatlichen Ansprechpartner im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellt, ist – um diesen wichtigen Teil des Spektrums abzubilden – eine besondere Kooperation mit ihr sinnvoll und nachvollziehbar.

Unsere Bundeswehr ist Teil unseres Staates und unsere Soldaten sind Staatsbürger in Uniform. Sie haben unseren Respekt und unsere Unterstützung verdient, schließlich sind es die Repräsentanten unseres Volkes und damit das Volk, das sie in die Einsätze entsendet.

### **12. Was werden Sie im Falle Ihrer Wahl unternehmen, damit „Friedensbildung“ in der schulischen Ausbildung etabliert werden kann? BITTE MIT BEGRÜNDUNG!**

Die Festlegung der Unterrichtsinhalte obliegt aufgrund der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten ausschließlich den Ländern. Mit der konkreten Durchführung des Unterrichts sind die Bildungseinrichtungen betraut, die sich fast ausnahmslos dieser Aufgabe gewissenhaft annehmen. Der Bund hat diesbezüglich keinerlei Gestaltungsmöglichkeit. Die Auseinandersetzung mit Fragen und ethischen Herausforderungen im Zusammenhang mit Konflikten und deren Bewältigung, der Wertschätzung von Frieden und des Ziels eines harmonischen Miteinanders ist Bestandteil dessen, was bereits heute in Deutschlands Klassenzimmern gelehrt wird. Wir sind der Überzeugung, dass dies sinnvoll und richtig ist.